Betrifft: Vereinbarungen in Angelegenheiten der europäischen Integration, Genehmigung durch den Landtag, Vorlage an den Landtag.

B e r i c h t

Am 12. März 1992 unterzeichneten die Landeshauptmänner jeweils für ihre Länder und der Bundeskanzler sowie der Bundesminister für Föderalismus und Verwaltungsreform für den Bund die staatsrechtliche Vereinbarung über die Mitwirkungsrechte der Länder und Gemeinden in Angelegenheiten der europäischen Integration.

Ebenfalls am 12. März 1992 unterzeichneten die Landeshauptmänner die staatsrechtlich Vereinbarung über die gemeinsame Willensbildung der Länder in Angelegenheiten der europäischen Integration.

Mit Schreiben vom 20. März 1992, PrsG-0113, PrsG-0114, brachte die Landesregierung die beiden Vereinbarungen dem Landtag zur Kenntnis und teilte ihm ihre Auffassung mit, daß "die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten dieser Vereinbarung erfüllt" sei.

In der Folge traten in Vorarlberg ebenso wie in anderen Ländern Meinungsunterschiede darüber zutage, ob die beiden Vereinbarungen auch die Landes(verfassungs)gesetzgeber binden sollten und damit der Genehmigungspflicht durch die Landtage unterlägen oder nicht.

Über Anregung Vorarlbergs befaßte sich am 23. April 1992 eine Länderexpertenkonferenz mit der erwähnten Frage. Zum überwiegenden Teil kamen die Experten zum Ergebnis, daß eine Genehmigungspflicht nicht gegeben sei. Die Vertreter einiger Länder teilten mit, daß ihre Landesregierung wegen der politischen Bedeutung der Vereinbarungen die Genehmigung der Landtage einzuholen gedächten.

Der Präsident des Vorarlberger Landtages holte ein Rechtsgutachten über die strittige Frage ein. In seinem Gutachten vom 25. Mai 1992 kommt Univ.-Prof. Dr. Peter Pernthaler, Innsbruck, bezüglich beider Vereinbarungen zum Ergebnis, daß sie den Landes(verfassungs)gesetzgeber binden und daher gemäß Art. 53 Abs. 3 bzw. Art. 53 Abs. 4 der Landesverfassung der Genehmigung des Landtages bedürfen.

Die Landesregierung sieht keine Notwendigkeit, auf ihrer Rechtsansicht zu beharren und legt dem Landtag die beiden staatsrechtlichen Vereinbarungen zur Genehmigung vor.

Nach Abschluß des parlamentarischen Genehmigungsverfahrens wird sie die in den Schlußbestimmungen beider Vereinbarungen erwähnte Mitteilung über das Vorliegen der nach der Landesverfassung erforderlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten der Vereinbarungen an das Bundeskanzleramt bzw. an die Verbindungsstelle der Bundesländer richten.

Es wird der

A n t r a g

gestellt:

1. Die am 12. März unterzeichnete staatsrechtliche Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern über die Mitwirkungsrechte der Länder und Gemeinden in Angelegenheiten der europäischen Integration und
2. die am gleichen Tag unterzeichnete staatsrechtliche Vereinbarung der Länder untereinander über die gemeinsame Willensbildung in Angelegenheiten der europäischen Integration

werden dem Landtag zur Genehmigung gemäß Art. 53 Abs. 4 der Landesverfassung vorgelegt.